



## Plan stratégique national – Nëmmen mat eis !

Der nationale Strategieplan (PSN), der die agrarpolitische Ausrichtung der einheimischen Landwirtschaft für den Zeitraum bis 2027 definieren wird, wird derzeit von der EU-Kommission geprüft. Es wird allgemein erwartet, dass die Kommission dem luxemburgischen PSN spätestens bis Ende des Jahres zustimmen wird.

Am 28. April hatte die Landwirtschaftskammer, gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Gewerkschaften und Interessenvertretungen, Ressortminister Haagen im Centre Turelbach in Mertzig mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, den PSN in enger Abstimmung mit dem landwirtschaftlichen Beruf fertigzustellen und dabei aus Sicht der Landwirtschaft dringend notwendige Nachbesserungen vorzunehmen.

Auf die erste Bewertung des PSN seitens der EU-Kommission, hatte das Landwirtschaftsministerium zu diesem Zeitpunkt bereits vorsorglich reagiert - am 27. April. Die Analyse dieses Schriftwechsels nährt die Befürchtungen des landwirtschaftlichen Sektors, dass es den beteiligten Parteien derzeit vor allem darum geht, die „PSN-Prozedur“ zeitnah abschließen zu können und dabei größtmögliche Regelkonformität sicherzustellen.

Dabei steht nichts weniger als die Zukunft der einheimischen landwirtschaftlichen Familienbetriebe auf dem Spiel! Die Einkommensverluste, die im Bereich der Direktbeihilfen mit der Agrarreform einhergehen werden, sind teils gewaltig und betreffen in erster Linie jene Betriebe, die von der Landwirtschaft leben (müssen). Einkommenswirksame Kompensationsmaßnahmen gibt es zu wenige - und diese beschränken sich zudem nur auf bestimmte Betriebstypen.

All dies trifft einen Sektor, dem die Autoren des PSN - auf Basis offizieller STATEC-Daten - bereits jetzt ein Einkommen bescheinigen, das deutlich unterhalb des für Luxemburg als Existenzminimum angesehenen Schwellenwerts für ein Ehepaar mit zwei Kindern liegt! Was dies aus demografischer Sicht für die Zukunft der einheimischen Landwirtschaft bedeutet, kann man sich auch ohne landwirtschaftliche Fachkenntnisse leicht ausmalen. Den erwünschten und zudem dringend notwendigen Generationswechsel fördert dies jedenfalls nicht. Gemessen an den hohen Sozialstandards, deren Luxemburg sich so gerne rühmt, ist dies ein Hohn!

Gerne werden von staatlicher Seite in diesem Kontext die neuen Eco Schemes sowie die zusätzlichen Agrarumweltprogramme als praxisnahe Hilfestellungen angepriesen, um die Einkommenssituation auf den Betrieben zu verbessern. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, dass das europäische Regelwerk explizit vorsieht, dass die jeweiligen Beihilfen lediglich die Mehrkosten sowie die Ertragseinbußen, die mit der Umsetzung einer Maßnahme einhergehen, abdecken dürfen. Diese Beihilfen erlauben es daher eben nicht, die Einschnitte bei den Direktzahlungen zu kompensieren!

Den sogenannten Ökosystemdienstleistungen, die die Landwirtschaft vermehrt erbringen soll, wird bemerkenswerterweise also auch weiterhin kein monetärer Wert beigemessen! In diesem sowohl politisch als auch gesellschaftlich prioritären Handlungsfeld gilt im Grunde genommen dieselbe Erwartungshaltung wie im Bereich der Lebensmittelproduktion: Die Landwirtschaft soll liefern - und das möglichst billig! Symptomatisch hierfür (und im krassen Gegensatz zu dem auf EU-Ebene festgehaltenen prioritären strategischen Ziel einer gerechten Entlohnung der Landwirte) ist der im PSN bei bestimmten Berechnungen angesetzte Stundenlohn von gerade mal 15 €, der schon deutlich vor Inkrafttreten der Agrarreform unter dem gesetzlichen Mindestlohn für qualifizierte Arbeitnehmer liegt! Zukunftsperspektiven lassen sich unter solchen Voraussetzungen nur schwerlich ableiten – und dies in einem als systemrelevant eingestuften Wirtschaftssektor!

Auch unter fachlichen Aspekten liegt im PSN so manches im Argen. Im Bereich der Eco Schemes und der Agrarumweltprogramme wird – trotz wiederholter Kritik – der einseitig auf Extensivierung ausgelegte Ansatz unbeirrt weiterverfolgt, statt zeitgemäße, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauende Maßnahmen zu integrieren, die darauf ausgerichtet sind, Umwelt- und Klimaziele z.B. durch gezielte Effizienzsteigerungen auf Betriebsebene zu bedienen. Vorschläge in diese Richtung werden entweder ignoriert oder als nicht praktikabel abgeschmettert, ohne dass es zuvor zu einer wie auch immer gearteten sachlichen Auseinandersetzung mit eben diesen Vorschlägen gekommen wäre. Gerade in Zeiten, in denen die globale Ernährungssicherheit gefährdeter erscheint als je zuvor, kann und darf Extensivierung nicht die einzige Option sein!

Maßnahmen, die insbesondere viehhaltenden Betrieben echte Alternativen zum leidigen Prinzip „Wachse oder weiche“ bieten würden, fehlen weiterhin. Durch mehr oder weniger willkürlich festgelegte Obergrenzen beim Viehbestand werden zudem Betriebe bewusst ausgegrenzt, anstatt sie genau dort abzuholen, wo sie gerade stehen. Dabei müsste vom PSN eigentlich eine größtmögliche Integrationskraft ausgehen, und zwar eben gerade in Richtung produktiver Betriebe. Stattdessen droht er in der breiten Masse der Betriebe Fliehkräfte zu generieren, die insbesondere seinen umweltpolitischen Zielsetzungen mittel- und langfristig zuwiderlaufen.

Nicht wenige Betriebe werden ihr Heil wohl oder übel in der Ausweitung und Intensivierung ihrer jeweiligen Produktionszweige suchen. Auf der anderen Seite des Spektrums werden sich einerseits Betriebe wiederfinden, die Landwirtschaft nicht hauptberuflich betreiben, und eher in Richtung Prämienoptimierung tendieren dürften, andererseits auslaufende Betriebe ohne Hofnachfolger, deren Ausstieg aus der Landwirtschaft von den verschiedenen Extensivierungsangeboten finanziell begleitet werden wird. Der fehlende Integrationswille der PSN-Autoren riskiert so zu einer 2-Klassen-Landwirtschaft zu führen (produktiv vs. extensiv). Dies kann kein politisches Ziel sein. Es darf auch kein Kollateralschaden unachtsamer Agrarpolitik sein!

In Mertzig wurde eindringlich auf diese Missstände hingewiesen. Auch wurden – zum wiederholten Male – konkrete Vorschläge formuliert. Das Ergebnis ist ernüchternd! Seit dem 28. April ist wertvolle Zeit vergangen, Zeit in der der landwirtschaftliche Sektor weiterhin NICHT in laufende Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden wurde. Derweil laufen im Ministerium bereits die Vorbereitungen für eine ausgedehnte Informationskampagne des landwirtschaftlichen Sektors zu den Neuerungen der Agrarreform.

Wer im PSN Maßnahmen definiert, die zum Ziel haben, die Position der Landwirte in den Wertschöpfungsketten zu stärken, gleichzeitig aber der Landwirtschaft einen Platz am politischen Verhandlungstisch verwehrt, muss sich zwangsläufig den Vorwurf der Doppelmoral gefallen lassen!

Minister Haagen hatte in Mertzig Gesprächsbereitschaft zugesagt. Unter den gegebenen Umständen muss allerdings gesagt werden, dass dies eindeutig zu wenig ist! Gefordert sind vor allen Dingen Kompromissbereitschaft und Handlungswille – gerade unter dem aktuellen Zeitdruck!

Die Landwirtschaft hat zum wiederholten Mal deutlich gemacht, den Anspruch zu haben, ihre Zukunft mitgestalten zu wollen. Sie fordert von der Politik daher ein unmissverständliches Zeichen von Respekt und Wertschätzung: einen echten Dialog auf Augenhöhe! **Plan stratégique national – Nëmmen mat eis!**

Im Kontext des aktuellen PSN-Entwurfs ergeben sich aus Sicht der Landwirtschaft insbesondere folgende konkreten Forderungen:

- Der Ernährungssicherheit muss, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage, ein wesentlich größerer Stellenwert beigemessen werden. Dies muss sich in den verschiedenen Maßnahmenkatalogen widerspiegeln.
- Den Betriebsleitern von morgen müssen echte Zukunftsperspektiven geboten werden.
- Die hauptberuflichen Betriebe (Standard-Output > 75.000 €) müssen konsequent gestärkt werden.

- Die landwirtschaftliche Produktion muss gestärkt werden:
  - durch Anheben der Beihilfesätze bei den Investitionsbeihilfen auf den maximal zulässigen Wert, insbesondere bei Investitionen, die vorrangig den Umwelt- und Klimazielen zugutekommen;
  - durch eine intelligente Begrenzung von Extensivierungsmaßnahmen auf Betriebsebene.
- Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die vorgesehenen Budgetmittel maximal ausgenutzt werden können. Dies betrifft v.a. die Eco Schemes (insbesondere in der Anlaufphase) und die eminent wichtigen Investitionsbeihilfen (u.a. durch konsequente Berücksichtigung der Realkosten).
- Eine allgemeine Anpassung aller Beihilfebeträge ist dringend nötig (angemessene Stundenlöhne, Berücksichtigung der Lohnkostenentwicklung über den Planungszeitraum).
- Zusätzliche Eco Schemes bzw. Agrarumweltprogramme müssen im Bereich der Tierproduktion angeboten werden (z.B. Futterautarkie, GMO-freie Produktion, Tierwohl).
- Der landwirtschaftliche Beruf muss durch eine Anpassung der Mindestkriterien (Aktiver Landwirt, Junglandwirt) aufgewertet werden.

Darüber hinaus fordert die Landwirtschaft:

- Klarheit über die als „Aide d’Etat“ vorgesehenen Maßnahmen, die im PSN nicht aufgeführt sind;
- politische Unterstützung bezüglich des Aussetzens der 4%-Stilllegungsregel auf Ackerflächen;
- einen wissenschaftlich fundierten Ansatz bei der Ausrichtung der nationalen Agrar- und Umweltpolitik (anstelle von ideologisch motivierten Auflagen);
- einen wirksamen Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche;
- ein verbindliches Format, das einen dauerhaften Austausch auf Augenhöhe zwischen Landwirtschaft und Politik sicherstellt.